

Tagungsprojekt

*Die Rolle der
Sozialwissenschaften in
gesellschaftlichen und
politischen
Auseinandersetzungen
– am Beispiel der Psychologie*

—

Berlin, 26.-27.03.2026

Prof. Dr. Andreas Beelmann,

14/25-FB2-TP

Abschlussbericht: Projektnummer 14/25-FB2-TP

Tagung: Die Rolle der Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – am Beispiel Psychologie

Ort und Zeit: Berlin, Psychologische Hochschule Berlin, 26.-27.3.2026

Antragsteller: Andreas Beelmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Veranstalter: Rainer Banse (Universität Bonn), Andreas Beelmann (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Stefanie Hechler (Freie Universität Berlin), Peter Noack (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Tobias Rothmund (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Ulrich Wagner (Universität Marburg), Eva Walther (Universität Trier).

Gefördert von der **Deutschen Stiftung Friedensforschung**

1. Beschreibung der Aktivität

Das Projekt befasste sich im Rahmen einer Tagung am 26.-27.3.2026 mit der Rolle von Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, insbesondere im Hinblick auf die Psychologie als Wissenschaft vom Erleben und Verhalten. Eingeladen waren Kolleg:innen aus der Psychologie und anderen Sozialwissenschaften, um Fragen des Transfers von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse zu diskutieren. Den Schwerpunkt bildeten aktuelle Themen der Demokratieförderung und Gefährdungen der Demokratie einschließlich der Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaften. In verschiedenen thematischen Panels wurde u.a. erörtert, wie sich Wissenschaftler:innen angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozesse wirksam in gesellschaftliche Debatten einbringen können, um die Beiträge sozialwissenschaftlicher und psychologischer Expertise zur öffentlichen Meinungsbildung sowie zur politischen Entscheidungsfindung zu stärken. Darüber hinaus befasste sich die Tagung mit Fragen der Weiterentwicklung der sozialwissenschaftlichen und psychologischen Hochschulausbildung, um Studierende systematisch auf eine aktive Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse vorzubereiten. Im Rahmen der Tagung sollten zudem strukturelle Verwundbarkeiten gegenüber ideologischen Zugriffen als auch Strategien der Resilienz und Gegenwehr diskutiert werden. Neben eingeladenen Referent:innen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Kontexten und freien Anmeldungen wurden explizit Jungwissenschaftler:innen und einschlägige Kolleg:innen zur Tagung eingeladen. Mit der Tagung sollte ein Raum geboten werden, um die normativen Grundannahmen der Sozialwissenschaften und Psychologie kritisch zu hinterfragen und ihre Rolle in politischen Diskursen zu beleuchten. Schließlich widmete sich die Tagung der Frage, wie die strategische Positionierung der Psychologie und der Deutschen Gesellschaft für

Psychologie verbessert werden kann – mit Blick auf eine stärkere Bekanntheit, mehr Einfluss in gesellschaftlichen Diskursen und eine gezielte Förderung des Fachs.

Insgesamt lagen 110 Anmeldungen zur Tagung vor, schließlich nahmen 82 Teilnehmende aus allen Statusgruppen (Professor:innen, Nachwuchswissenschaftler:innen, Studierende) teil. Zudem gab es eine Beteiligung der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, die fünf Reisestipendien für Jungwissenschaftler:innen bereitgestellt hatte.

2. Tagungsprogramm (Übersicht)

Das Tagungsprogramm (siehe Anhang) bestand neben einer Begrüßung der Teilnehmenden durch Andreas Beelmann mit Grußworten der Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs), Frau Profin Eva-Lotta Brakemeier, und des Rektors der Psychologischen Hochschule Berlin, Prof. Siegfried Preiser, aus insgesamt fünf Panels mit je einer Dauer von 75 bis 90 Minuten. Diese befassten sich mit den Themen (1) Wissenschaftskommunikation, (2) die Frage der psychologischen Ausbildung im Studium hinsichtlich Kommunikations- und Transferkompetenzen sowie der Vermittlung eines gesellschaftlichen Rollenverständnisses, (3) dem Thema „Wissenschaft unter Beschuss“ durch politische Interessen, (4) der Rolle von Normen in der Forschung und den Implikationen von Normen hinsichtlich des Neutralitätsgebots sowie schließlich (5) einem Panel zur Zusammenfassung der Erkenntnisse im Hinblick auf das Fach und Fachgesellschaft. Zu jedem Panel (Ausnahme Panel 5) wurden jeweils ein oder zwei Inputs von geladenen Gästen oder den Veranstaltern gegeben und im Anschluss im Plenum diskutiert. Zum Teil wurden auch weiterführende didaktische Methoden eingesetzt (z.B. Gruppenarbeit, World-Cafe, siehe Tagungsprogramm).

3. Beschreibung der Panels und Verlauf der Tagung

3.1) Panel 1: Wissenschaftskommunikation – Sichtbarkeit – Wirkmächtigkeit

Moderation: Tobias Rothmund (Universität Jena).

Input: Malte Petersen (Bundeskanzleramt), Cornelia Betsch (Universität Erfurt)

Hintergrund und Leitfragen. Tobias Rothmund eröffnete mit der Beobachtung, dass viel psychologische Forschung zu gesellschaftlich relevanten Fragen entstehe, ohne ausreichend sichtbar zu werden. Auch eine begleitende Tagungsumfrage ergab, dass die Teilnehmenden mehrheitlich die Frage verneinten, ob psychologische Expertise in politischen und gesellschaftlichen Diskursen genügend sichtbar sei. Das Panel behandelte daher zwei Leitfragen: erstens, welche Rolle psychologische Evidenz aktuell in der Politik spielt, und zweitens, wie der kommunikative Beitrag der Psychologie wirksamer gestaltet werden kann.

Beiträge. Zur ersten Frage beschrieb Malte Petersen aus seiner Erfahrung im Kanzleramt, dass Evidenz nur ein kleiner Baustein politischer Entscheidungen sei. Im föderalen Mehrebenensystem müssten Mehrheiten und Kompromisse gefunden werden, weshalb es realistischerweise um evidenzinformierte statt evidenzbasierte Politikgestaltung gehe. Institutionell verfüge Deutschland über Ressortforschungsinstitute und Sachverständigenräte für den Wissenschaft-Politik-Transfer, jedoch ohne eigenes Institut für

Psychologie. Krisen wie Corona und die Gaskrise 2022 hätten aber ein wachsendes politisches Bewusstsein für die Bedeutung von Verhaltenswissenschaften geschaffen; heute komme Politik vermehrt selbst mit Fragen auf die Wissenschaft zu.

Cornelia Betsch ergänzte die Perspektive der Wissenschaftler:innen, die sich aktiv um Kommunikation mit der Politik bemühen. Sie plädierte dafür, dass man sich proaktiv anbieten solle, statt auf Anfragen zu warten. Ferner sollten wissenschaftliche Grenzen offen benannt und Fakten von Meinungen getrennt werden. Zugleich sollte man jedoch Ausdauer mitbringen, da der Bedarf an psychologischer Expertise das Angebot übersteige. Als Wirkbeispiel nannte sie den durch kommunizierte Evidenz erreichten Stopp einer Furchtappell-Impfkampagne.

Zur zweiten Frage nannte Malte Petersen drei Erfolgsfaktoren für eine wirksame Kommunikation wissenschaftlicher Evidenz: Auswahl des richtigen Zeitpunkts (d.h. Antworten anbieten, wenn ein Thema gesellschaftlich aufkommt und noch wenig polarisiert ist, und nicht erst, wenn Forschung „fertig“ ist), Relevanz (Einzelergebnisse müssen mit dem großen Ganzen verknüpft werden) und die rechtliche Machbarkeit von Vorschlägen. Betsch riet zusätzlich, stärker die wahlüberdauernde Verwaltung und umsetzende Instanzen statt nur die politische Führungsebene (Kanzler und Minister) zu adressieren und die Methodik zu diversifizieren (Emotionen ansprechen, Policy Briefs um Veranstaltungen erweitern, eigene Tagungen für Politikschaffende). Eine Tagungsumfrage ergab zudem ein Spannungsfeld der Selbstverortung (Mehrfachnennungen möglich): 54 % der Teilnehmenden sahen sich als „pure scientist“, 51 % als „issue advocate“, 37 % als „advisor“ – „issue advocate“ wurde am häufigsten als Wunschrolle genannt. Betsch plädierte demgegenüber für die Rolle des „honest broker“ (Handlungsoptionen erweiternd, moderierend statt polarisierend), während Petersen betonte, dass wahrgenommene Neutralität nötig sei, um parteiübergreifend von Politik und Verwaltung gehört zu werden.

Quintessenz. Psychologische Evidenz gewinnt politisch an Gehör, bleibt aber ein Baustein unter vielen in einem von Mehrheitsfindung und unterschiedlichen Interessen geprägten Prozess. Wirksame Kommunikation erfordert richtiges Timing, Relevanzherstellung und diversifizierte Zielgruppen – und wirft einen ungelösten Rollenkonflikt auf zwischen dem „honest broker“, der über das politische Spektrum hinweg gehört wird, und dem „issue advocate“, der stärker wirkt, aber Neutralität kostet.

3.2) Panel 2: Zur psychologischen Ausbildung

Moderation: Stefanie Hechler (FU Berlin), Andreas Beelmann (Universität Jena)

Input: Andreas Beelmann, Robert Ritter (Vertreter von Studierenden), Pia Lamberty (Psychologin und Autorin)

Hintergrund und Leitfragen. Ausgangspunkt dieses Panels war die Frage, wie gesellschaftspolitisches Interesse und Wirkung in die psychologische Lehre integriert werden können. Diskutiert wurden strukturelle Hürden des Studiums, die Rolle von Diversität sowie die Frage, wie Studierende auf gesellschaftliches Engagement besser vorbereitet werden können.

Beiträge. Andreas Beelmann beschrieb zunächst aus Lehrendenperspektive einen weitgehenden Konsens, dass gesellschaftspolitische Fragen in die Lehre gehörten, dem aber sinkendes Interesse und fehlende Anreize gegenüberstünden. Die Bologna-Reform und die gewachsene Rolle der Psychotherapieausbildung ließen Studierenden kaum Kapazität für mehr als Klausurvorbereitung; das Studium sei zudem auf enge Forschungsfragen statt auf gesellschaftlich relevante, disziplinübergreifende Fragestellungen ausgelegt. Nötig sei daher keine punktuelle Seminarreform, sondern eine Strukturreform.

Robert Ritter schilderte aus Studierendensicht ein Gefühl von Hoffnungslosigkeit und Machtlosigkeit und benannte drei Ansatzpunkte: ein Curriculum, das alte Theorien zu selten auf aktuelle gesellschaftliche Diskurse bezieht, die Stärkung außercurricularer Angebote (Umgang mit Informationsflut, Gesprächskompetenz) sowie die Öffnung der Psychologie gegenüber anderen Fächern. Er verwies zudem auf den hohen AfD-Stimmenanteil unter Erstwähler:innen als Hinweis darauf, dass Studierende keineswegs homogen links seien, sowie darauf, dass Gremien oft die ersten Verlierer eines Regierungswechsels seien.

In der Plenumsdiskussion wurde betont, dass Methodenausbildung wichtig bleibe, aber stärker mit lebensnahen Themen verknüpft werden müsse. Andreas Beelmann schlug vor, die Reihenfolge umzukehren – von der Alltagsfrage zur Theorie statt umgekehrt. Mehrfach wurde das Missverständnis eines wissenschaftlichen „Neutralitätsgebots“ zurückgewiesen. Das Grundgesetz sei die eigentliche Norm, woraus eine Pflicht folge, gegen verfassungsfeindliche Positionen einzutreten. Pia Lamberty formulierte schließlich pointiert: „Die Welt brennt und die Psychologie schaut zu und dreht sich um sich selbst.“ Sie forderte eine Ausbildung, die auf eine möglicherweise autoritäre Zukunft vorbereitet sowie eine Professionalisierung psychologischer Beratung auch jenseits von Therapie und Forschung und einen demokratischeren, diverseren Zugang zum Psychologiestudium. Ergänzend wurde die fehlende Diversität der Studierendenschaft als Distanzfaktor zur Gesellschaft benannt, verbunden mit hohem Leistungsdruck durch die Konkurrenz um Masterplätze, der wenig Raum für Scheitern und Selbstreflexion lasse.

Quintessenz. Über alle Redner:innen hinweg bestand Einigkeit, dass die psychologische Ausbildung gesellschaftspolitische Kompetenz und Diversität stärker fördern muss, dass dies aber eine strukturelle statt punktuelle Reform erfordert – mehr Raum für Kommunikations- und Sozialkompetenzen, engere Verzahnung von Theorie und aktuellen gesellschaftlichen Fragen sowie eine Ausbildung, die Studierende auf aktives gesellschaftliches Engagement statt auf Neutralität vorbereitet.

3.3) Panel 3: Wissenschaft unter Beschuss

Moderation und Intro: Eva Walther (Universität Trier). Input: Craig Neumann (University of North Texas, USA)

Hintergrund und Leitfragen. Wissenschaft sieht sich aktuell weltweit zunehmender politischer Einflussnahme und Legitimationskrisen gegenüber – nicht zuletzt deshalb, weil sie Fakten produziert, die bestehenden Weltbildern widersprechen und politischen Interessen zuwiderlaufen können. Leitfrage des Panels war, welche Risiken entstehen, wenn politische Machtansprüche epistemische Standards und institutionelle Unabhängigkeit der

Wissenschaft untergraben, und welche Gegenwehr möglich ist. Eine Tagungsumfrage im Plenum ergab wenig eigene Erfahrung mit Anfeindungen, aber große Sorge angesichts der Einschränkungen akademischer Freiheit in den USA.

Beiträge. Eva Walther stellte zunächst ein Kontinuum von Demokratie zu Autokratie vor. In einer funktionierenden Demokratie floriert Wissenschaft bei Rechtssicherheit, in einer beginnenden Autokratie kommt es zu Selbstzensur und Mittelverlust. Als typische Autokratisierungsstrategien nannte sie das Rechtfertigen von Repression, selektive Zielauswahl einzelner Personen zur Einschüchterung aller („Serengeti-Strategie“, der mit Solidarität begegnet werden kann) sowie vorauseilenden Gehorsam. Craig Neumann, der online zugeschaltet war, berichtete zur Situation aus den USA. Verlage zögerten, Studien zu Trump und seinen Anhänger:innen zu begutachten, Universitäten bewürben Veröffentlichungen zurückhaltend, Diversity-Büros wurden geschlossen und entsprechende Lehrinhalte gestrichen – oft vorauseilend durch die Leitungsebenen selbst. Folgen seien ein massiver Rückgang internationaler Studienbewerbungen, Zurückhaltung im kollegialen Austausch (auch mit europäischen Kolleg:innen), das Herausnehmen von Nachwuchsforschenden aus gefährdeten Projekten sowie ein Anstieg der Mitgliedschaft in der AAUP (American Association of University Professors). Als Gegenstrategien nannte Neuman größere Sichtbarkeit über Social-Media-Reichweite (Altmetrics) auch bei weniger etablierten Journals, eine stärkere kollektive statt individuelle Organisation Betroffener sowie geringere finanzielle Abhängigkeit der Universitäten von Drittmitteln. Auf die Frage, welche Gegenstrategien er empfehlen würde, verwies er darauf, dass Ideologie psychologische Bedürfnisse (Ordnung, Sicherheit) bediene und weniger gebildete Bevölkerungsgruppen psychologisch fundierter erreicht werden müssten.

Im anschließenden World-Café erarbeiteten acht Gruppen Antworten auf die Frage nach den Konsequenzen der Situation. Unter anderem wurden diskutiert: Trainings für Zivilcourage und gegenseitige Unterstützung unter Wissenschaftler:innen, eine solidarische Vereinigung zur Aufdeckung subtiler Einschränkungen und Organisation juristischen Widerstands, mehr bürgernahe Wissenschaft zur Stärkung des Wissenschaftsvertrauens, institutionelle Notfallpläne für Angriffsfälle, Vernetzung mit Journalist:innen sowie das Schließen struktureller Schwachstellen wie der Wissenschaftsfinanzierung.

Quintessenz. Die Erosion akademischer Freiheit ist – am Beispiel der USA eindrucklich belegt – ein reales und eskalierendes Risiko, das bekannten Autokratisierungsmustern folgt. Wirksame Gegenwehr erfordert institutionalisierte Solidarität, rechtliche Unterstützung, öffentliche Sichtbarkeit und eine breitere gesellschaftliche Verankerung der Wissenschaft statt einzelner individueller Reaktionen.

3.4) Panel 4: Die Rolle von Normen – Diskussionen um das Neutralitätsgebot

Moderation: Uli Wagner (Universität Marburg), Andreas Beelmann (Universität Jena).

Input: Christoph Demmerling (Philosoph, Universität Jena), Joschka Selinger (Jurist, Gesellschaft für Freiheitsrechte)

Hintergrund und Leitfragen. Eine vor der Tagung durchgeführte Umfrage zeigte, dass die Teilnehmer:innen dem Neutralitätsgebot von Wissenschaftler:innen mehrheitlich nicht

zustimmten. In Bevölkerungsumfragen wird dagegen eher Neutralität von der Wissenschaft erwartet. Vor diesem Hintergrund wurde im Panel zunächst wissenschaftstheoretisch beleuchtet, ob und wie sich Psychologie wertfrei oder in Bezug auf Werte öffentlich äußern dürfe, und anschließend juristisch eingeordnet, welche rechtlichen Grenzen dafür tatsächlich gelten.

Beiträge. Christoph Demmerling stellte zunächst die klassische Position von Max Weber vor, wonach Wissenschaft und Politik getrennte Felder seien und Wissenschaftler:innen in ihrer Funktion als Wissenschaftler:innen keine Werturteile äußern sollten – wies aber zugleich darauf hin, dass Themenwahl und Anwendung von Forschung stets wertgeladen seien. Er unterschied epistemische Werte (Wahrheitsorientierung, Sorgfalt, Skepsis), die für Wissenschaft unverzichtbar seien, von nicht-epistemischen Werten, deren Rolle umstritten sei. Mit Richard Rudner argumentierte er, dass bereits die Entscheidung, wie viel Evidenz zur Annahme oder Ablehnung einer Hypothese nötig ist, ein Werturteil enthalte, das von der Schwere möglicher Fehlentscheidungen abhänge (Beispiel Kriminalprognose vs. Sportpsychologie). Sein Fazit: Wissenschaftler:innen sollten wertfrei sein, könnten es aber strenggenommen nicht. In der Podiumsdiskussion entzündete sich die Debatte an der Frage, ob Interventionen (z.B. Demokratieförderung) noch wissenschaftlich neutral sein können, wenn sie klare normative Ziele verfolgen. Andreas Beelmann forderte, Ziele und Werte, die der eigenen Forschung zugrunde liegen, offenzulegen und über Evidenz (z.B. zu Folgen von Demokratie oder Folter) zu begründen.

Von Teilen des Plenums wurde eingewandt, die abstrakte philosophische Debatte stehe in starkem Kontrast zur konkreten Betroffenheit angegriffener Kolleg:innen (u.a. Verweis auf den Rücktritt von Sabine Maur). Rechte Politik sei mit epistemischen Werten schlicht unvereinbar. Offensiv wurde eingefordert, die aktuelle Diskussion darauf zu fokussieren. Eva Walther wertete den entstandenen Konflikt als gewünschte und zu klärende Grundlage für zukünftige öffentliche Positionierungen.

Joschka Selinger ordnete daraufhin das Thema juristisch ein. Wissenschaftler:innen dürfen sich grundsätzlich äußern, wie sie wollen. Das vielzitierte „Neutralitätsgebot“ gemeinnütziger Organisationen (wie die Deutsche Gesellschaft für Psychologie) werde seit Jahren strategisch von autoritären Akteuren instrumentalisiert, um kritische Stimmen einzuschüchtern, habe aber kaum praktische Konsequenzen (Aberkennung der Gemeinnützigkeit ist selten) und wirke vor allem über Selbstzensur. Rechtlich dürfen gemeinnützige Vereine im Rahmen ihrer Satzungszwecke auch parteipolitisch Stellung beziehen und einzelne Parteien namentlich benennen und kritisieren, solange dies sachlich erfolge und keine Partei unmittelbar finanziell unterstützt werde. Je mehr Evidenz für Verfassungsfeindlichkeit vorliege, desto mehr Spielraum bestehe. Für Hochschulen als staatliche Institutionen gelte eine strengere Gleichbehandlung von Parteien, für einzelne Lehrstuhlinhaber:innen dagegen kaum Einschränkungen, solange nicht gegen die Verfassung gelehrt werde. Verbeamtete Personen würden zusätzlich eine Pflicht zur Verfassungsverteidigung tragen, auch außerdienstlich. Sein Appell: „Jetzt ist nicht die Zeit, sich zurückzuziehen.“

Quintessenz. Vollständige Wertfreiheit ist wissenschaftstheoretisch unmöglich, weshalb epistemische und nicht-epistemische Werte analytisch getrennt und offengelegt statt verschleiert werden sollten. Juristisch haben Wissenschaftler:innen und gemeinnützige Organisationen deutlich mehr Spielraum für politische Positionierung – auch gegen einzelne, insbesondere verfassungsfeindliche Parteien – als das vielbeschworene Neutralitätsgebot suggeriert; dieses wird selbst strategisch zur Einschüchterung genutzt. Die hitzige Plenumsdiskussion verdeutlichte zugleich eine Kluft zwischen abstrakter philosophischer Reflexion und der gelebten Dringlichkeit unmittelbar Betroffener.

3.5) Panel 5: Implikationen für das Fach und die Fachgesellschaft

Moderation: Rainer Banse (Universität Bonn)

Hintergrund und Leitfragen. Das Abschlusspanel sollte die Ergebnisse der Tagung bündeln, Widersprüche bearbeiten und konkrete, dokumentierte Maßnahmen statt reiner Diskussion hervorbringen. Rainer Banse fasste die zentralen Spannungsfelder der Vortage wie folgt zusammen: (1) ein Dilemma zwischen Perfektionismus-Anspruch vieler Wissenschaftler:innen und der Notwendigkeit bei lückenhafter Wissensgrundlage Stellung zu nehmen; (2) ein Dilemma zwischen sehr hoher akademischer und Methodenkompetenz und dem Wunsch nach Diversität der Studierenden; (3) die Notwendigkeit von realisierbaren, spezifischen Änderungen des Studiums statt allgemeiner, abstrakter Ausbildungsreformen.

Beiträge. Auf Basis der vier vorangegangenen Panels wurden acht mögliche Arbeitsgruppenthemen vorgeschlagen, u.a. zur Schaffung gemeinsamer Interessen zwischen Medien, Politik und Wissenschaft, zum Zusammenhang von Engagement zur wissenschaftlichen Rolle, zur Vorbereitung von Studierenden auf politische Kommunikation, zum Umgang mit Zielkonflikten von Diversität und Leistungsbewertung, zur Organisation von Solidarität und kollektivem Widerstand bei Angriffen und zum Ausmaß an Einmischung von Wissenschaft in gesellschaftliche Belange. Nach kurzer Diskussion einigte sich das Plenum auf sechs Arbeitsgruppen zu konkreten Maßnahmen sowie zwei Arbeitsgruppen zur Formulierung einer kurzen Abschlusserklärung.

Die Arbeitsgruppen erarbeiteten breit gefächerte Vorschläge: Aufbau einer DGPs-getragenen Infrastruktur mit Meldestelle für Angriffe gegen Wissenschaftler:innen, systematische Dokumentation und Vernetzung mit bestehenden Organisationen; Stärkung von Selbst- und Sozialkompetenzen sowie methodische Vielfalt im Studium, verbunden mit einer Solidaritätsplattform und mehr gesellschaftlichen Inhalten (Citizenship, politische Psychologie, Studium Generale); ein gemeinsamer LinkedIn-Beitrag zur öffentlichen Sichtbarkeit; eine Umkehr der Lehrlogik vom Problem zur Theorie, Kommunikationstrainings nach journalistischem Vorbild sowie Fremdsprachenkenntnisse als Zulassungskriterium zur Diversitätsförderung; ein Melderegister mit regelmäßigen Pressemitteilungen und die Prüfung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses von DGPs- und AfD-Mitgliedschaft; sowie eine Bündelung von Informationen zu Wissenschaftsfreiheit, engere Anbindung an Gewerkschaften und die Forderung an die DFG, eine „Charta der Wissenschaftsfreiheit“ zu erarbeiten. Eva-Lotta Brakemeier (Präsidentin der DGPs) verwies ergänzend auf das aktuelle Papier 2040 des Wissenschaftsrats, das gesellschaftliches Engagement bereits als zu

fördernden integralen Bestandteil von Wissenschaft einfordert. Eine vorläufige, im Nachgang abzustimmende Abschlusserklärung wurde verlesen.

Quintessenz. Das Panel übersetzte die vorangegangene, teils abstrakte Reflexion der Tagung in ein konkretes Maßnahmenbündel entlang vier gemeinsamer Linien: Infrastruktur für Solidarität und Meldewesen, curriculare Reform Richtung gesellschaftlicher Kompetenz und Diversität, sichtbare Kommunikation der Disziplin nach außen sowie institutionelle Rückendeckung durch DGPs und DFG. Die Tagung endete mit dem von Eva Walther zusammengefassten Grundtenor: „Wir sind nicht alleine, wir haben die Power.“

4. Folgen und Anschlussprojekte

Es konnten verschiedene Anschlussaktivitäten umgesetzt werden. Bereits auf der Tagung wurde beschlossen, eine Abschlusserklärung mit Unterzeichnungsmöglichkeit zu erstellen. Diese wurde kurz nach der Tagung unter <https://tally.so/r/kdW61Z> veröffentlicht und von insgesamt 315 Personen unterzeichnet, darunter mehrheitlich Professor:innen (Wortlaut der Abschlusserklärung im Anhang).

Des Weiteren wurde zur regulären Tagung der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 2026 in Luxemburg (7.-10.2026) ein Diskussionsforum mit dem Titel „Zum Selbstverständnis der Psychologie“ angemeldet, das die aufgegriffenen Themen einem größeren Publikum vorstellen und zur Diskussion anregen sollte. Auch bei dieser Veranstaltung ergab sich das Bild eines hohen Interesses an der Thematik und leidenschaftliche Diskussionen.

Schließlich ist ein Sonderheft in der Zeitschrift InMind geplant, in der ein Leitartikel zu Tagungsinhalten von den Veranstaltern mit einem Diskussionsforum veröffentlicht werden sollen. Geplant ist, dieses Sonderheft bis Ende des Jahres zu publizieren.

5. Fazit

Insgesamt wurde die Veranstaltung als dringend notwendig und die behandelten Themen als zugleich existenziell von den meisten Teilnehmenden angesehen. Sowohl die Diskussionen in den einzelnen Panels als auch die Nachfolgeaktivitäten machten den enormen Gesprächsbedarf, aber auch die Sorgen vieler Beteiligten hinsichtlich der Zukunft der wissenschaftlichen Psychologie als auch der Wissenschaft insgesamt deutlich. Es bleibt die Hoffnung der Veranstalter:innen, dass die angesprochenen Themen in den verschiedenen Wissenschaftsgremien sowie in der Öffentlichkeit weiter diskutiert werden und sich Wissenschaftler:innen verstärkt auch in gesellschaftliche und politische Debatten mit ihrer Expertise einbringen und damit zur Rationalität und Evidenzbasierung beitragen.

Anhang

Tagungsprogramm
Abschlusserklärung

Die Rolle der Psychologie in gesellschaftlichen und politischen Diskursen

Ort: Berlin – Psychologische Hochschule Berlin, Am Köllnischen Park 2, 10179
Berlin

Tagungstermin: Do./Fr., den 26./27. März 2026 (Lunch to Lunch)

Aktuelles Tagungsprogramm

Donnerstag, 26.3.2026 (11:00 – 18:30 Uhr)

Ab 10:00 Uhr geöffnet

11:00 – 12:00 Ankunft bei Kaffee und Imbiss

12:00 – 12:15 Begrüßung durch die Initiator:innengruppe: Andreas Beelmann & Eva Walther

Grußwort der DGPs: Eva-Lotta Brakemeier (Präsidentin)

Panel 1. Wissenschaftskommunikation (12:15 – 14:00)

Welche Rolle spielt psychologische Evidenz bzw. Expertise in der Politik – Erfahrungen und Eindrücke zum Status Quo? Wie kann der kommunikative Beitrag der Psychologie in gesellschaftlichen Diskursen wirksam werden?

Moderation und Intro in die *Podiumsdiskussion*: Tobias Rothmund

Input: Malte Petersen (Bundeskanzleramt), Cornelia Betsch (Universität Erfurt)

Pause 14:00 – 14:30

Panel 2. Zur psychologischen Ausbildung (14:30 – 16:15)

Wie kann gesellschaftspolitisches Interesse und Wirkung in die psychologische Lehre integriert werden?

Moderation: Stefanie Hechler & Andreas Beelmann

Bestandsaufnahme mit Plenumsdiskussion: Input: Andreas Beelmann (Lehrendenperspektive),

Input: Robert Ritter (ehem. Psyfako, Studierenden-Perspektive)

Handlungsoptionen mit Think-Pair-Share und Plenumsdiskussion: Input: Pia Lamberty

Pause 16:15 – 16:45

Panel 3. Wissenschaft unter Beschuss (16:45 – 18:30)

Welche Risiken ergeben sich für die Wissenschaft, wenn politische Machtansprüche epistemische Standards und institutionelle Unabhängigkeit untergraben? Welche Maßnahme der Gegenwehr gibt es?

Moderation und Intro: Eva Walther

Input: Craig Neumann (USA, online)

World-Café zur Diskussion der Risiken und der Handlungsmöglichkeiten

Abendprogramm (optional): 19:30 Restaurant 3 Schwestern, Mariannenplatz. 2, 10997 Berlin

<https://maps.app.goo.gl/nVAThtq2n5RgjCJE7>

(Selbstzahlung, Kartenzahlung ab 20 €)



Freitag, 27.3.2026 (9:00 – 14:00 Uhr)

Ab 8:00 geöffnet

8:30 – 9:00 Ankunft bei Kaffee/Getränken

9:00 Begrüßung durch den Rektor der Psychologischen Hochschule Berlin

Siegfried Preiser

Panel 4. Die Rolle von Normen – Diskussionen um das Neutralitätsgebot (9:05 – 11:00)

Moderation: Uli Wagner & Andreas Beelmann

Darf/Soll sich Psychologie öffentlich und politisch äußern?

Input zu wissenschaftstheoretischen Perspektiven: Christoph Demmerling (Jena)

Podiumsdiskussion

Input zu juristischen Perspektiven: Joschka Selinger (Berlin)

Plenumsdiskussion

Pause 11:00 - 12:00 inkl. Snacks

Panel 5. Implikationen für das Fach und die Fachgesellschaft (12:00 – 13:30)

Moderation: Rainer Banse

Abschluss: Ergebnis- und Output-Sicherung mit *Plenumsdiskussion*

Verabschiedung durch das Organisationsteam

Organisationsteam: Rainer Banse (Bonn), Andreas Beelmann (Jena), Stefanie Hechler (Berlin), Peter Noack (Jena), Tobias Rothmund (Jena), Uli Wagner (Marburg), Eva Walther (Trier)

Abschlussklärung

Verantwortung – Wirkmächtigkeit – Ausbildung – Gefahr – Solidarität Zur Rolle der Psychologie in gesellschaftlichen und politischen Diskursen

Am 26. und 27. März fand an der Psychologischen Hochschule in Berlin eine Tagung von über 80 vorwiegend wissenschaftlich arbeitenden Psycholog:innen in verschiedenen Karrierephasen und aus unterschiedlichen Teildisziplinen statt. Im Rahmen dieser Tagung haben wir intensiv und kontrovers über das Selbstverständnis und die Rolle der Psychologie in gesellschaftspolitischen Diskurs- und Entscheidungsprozessen gesprochen. Uns eint die Überzeugung, dass die Herausforderungen unserer Gesellschaft – auch angesichts zunehmender antidemokratischer und wissenschaftsfeindlicher Tendenzen – eine stärkere, sichtbarere und wirksamere Rolle von Psycholog:innen erfordern. Aus unseren Diskussionen ergeben sich folgende zentrale Erkenntnisse und Impulse.

1. Psychologinnen in Forschung und Praxis sowie die DGPs als Fachgesellschaft tragen Verantwortung für die „...Verbreitung und Anwendung der wissenschaftlichen Psychologie zum Wohle der Menschen und der Gesellschaft“. (Satzung DGPs, §2). Die akademische Psychologie ist nicht nur eine erkenntnisgenerierende Wissenschaft. Psycholog:innen und die DGPs sind laut ihrem Selbstverständnis aufgefordert, eine aktive Rolle im Dialog mit Politik und Öffentlichkeit einzunehmen und zur Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen beizutragen.

2. Um die Wirkmächtigkeit der Psychologie zu erhöhen, sollten politische Planungs- und Entscheidungsprozesse systematischer und nachhaltiger über psychologische Evidenz informiert werden. Psychologische Expertise ist insbesondere in ratgebenden Expert:innengremien und politik-nahen Forschungsinstituten unterrepräsentiert. Die DGPs als Fachgesellschaft ist aufgerufen, sich aktiv dafür einzusetzen, dass Transferstrukturen ausgebaut und Psycholog:innen in professionelle Beratungsstrukturen besser eingebunden werden.

3. Im wissenschaftlichen Studium der Psychologie sollte ein stärkerer Fokus auf die Ausbildung von politischem Engagement und Kommunikationskompetenz gelegt werden. Das Studium der Psychologie ist in besonderem Maße auf Forschung ausgerichtet. Um Studierende mit diesem Wissen zu einem wirksamen gesellschaftspolitischen Engagement zu befähigen, sollten in stärkerem Maße ein Verständnis politischer Prozesse sowie soziale und kommunikative Kompetenzen in diskursiver Praxis vermittelt werden. Auch die Steigerung der Diversität von Studierenden ist ein wünschenswertes Ziel und könnte dazu einen Beitrag leisten.

4. Anfeindungen gegen Wissenschaftler:innen und wissenschaftliche Institutionen stellen eine wachsende Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit dar. Wissenschaftsfreiheit, Wahrheitsorientierung und Pluralismus sind unverzichtbare Voraussetzungen für Erkenntnisgewinn und müssen entschlossen verteidigt werden. Auch in Deutschland berichten Psycholog:innen bereits jetzt über verbale Angriffe und Drohungen.

5. Wir ermutigen zu Solidarität und Zivilcourage im Umgang mit persönlichen Angriffen auf Kolleg:innen. Solidarität durch die Fachcommunity schützt gegen Wissenschaftsfeindlichkeit.

Engagiertes Entgegenreten Vieler sowie der Aufbau von Unterstützungssystemen innerhalb der DGPs können einen wichtigen Beitrag zu einer solidarischen Fachcommunity leisten. Konkret bedeutet dies, sich umeinander zu kümmern, genau zuzuhören und in den Dialog zu treten, aber auch öffentlich gegen Anfeindungen aufzutreten.

Initiator:innen:

Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller Universität Jena

Prof. Dr. Eva Walther, Universität Trier

Prof. Dr. Rainer Banse, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Stefanie Hechler, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Peter Noack, Friedrich-Schiller Universität Jena

Prof. Dr. Tobias Rothmund, Friedrich-Schiller Universität Jena

Prof. Dr. Uli Wagner, Philipps-Universität Marburg